

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>1. Teil: Einleitung .....</b>	<b>1</b>
A. Zweck und Gegenstand der Untersuchung .....	1
B. Bedeutung und Funktion des Informationsrechts .....	5
I. Bedeutung des Informationsrechts .....	5
1. Begriff des Informationsrechts .....	5
2. Individualrecht .....	5
3. Unterschied zwischen kollektiven und individuellen Informationsrechten .....	6
4. Selbständiges mitgliedschaftliches Recht .....	8
5. Eigennütziges Recht .....	10
II. Funktionen des Informationsrechts .....	11
1. Informationsfunktion .....	11
2. Kontrollfunktion .....	11
3. Rechenschaftsfunktion .....	12
C. Die durch die Informationsgewährung berührten Interessen .....	13
I. Gesellschafterinteresse .....	13
II. Gesellschaftsinteresse .....	14
III. Interessen Dritter .....	15
D. Zusammenfassung zu 1. Teil .....	17
<b>2. Teil: Informationsrecht nach § 51 a GmbHG .....</b>	<b>18</b>
A. Träger des Informationsrechts .....	18
I. Gesellschafter als Berechtigter .....	18
II. Ausgeschiedene Gesellschafter .....	18
III. Gesellschafter einer aufgelösten GmbH .....	20
IV. Sonstige Berechtigte .....	21
V. Ausübung des Informationsrechts durch Dritte .....	23
1. Erfordernis der Ausübung des Informationsrechts durch Dritte .....	24
2. Zulässigkeit .....	25
a) Hinzuziehung eines Beistands .....	25
b) Ausübung durch Stellvertreter .....	27
aa) Gesetzliche Stellvertretung .....	27
bb) Gewillkürte Stellvertretung .....	27

3. Person des Dritten (Personenkreis) .....	28
a) Allgemeines .....	28
b) Mitgesellschafter .....	29
c) Berufsmäßig geeignete Dritte .....	30
d) Einwendungen gegen die Person des Dritten .....	30
VI. Zusammenfassung zu A .....	31
B. Informationspflichtiger .....	32
I. Gesellschaft als Schuldnerin .....	32
II. Konsequenzen im Konzern und in der GmbH & Co. KG .....	34
III. Zusammenfassung zu B.....	35
C. Erfüllung des Informationsanspruchs (Informationsgewährung) .....	36
I. Auskunftserteilung .....	36
1. Auskunftsverlangen.....	36
2. Art und Weise der Auskunftserteilung.....	38
a) Form der Auskunftserteilung.....	38
b) Unverzügliche Erteilung.....	38
c) Grundsätze gewissenhafter und getreuer Rechenschaft .....	39
II. Einsichtnahme.....	39
1. Einstichtsverlangen .....	40
2. Art und Weise der Einsichtsgewährung .....	40
III. Verhältnis von Auskunftsrecht zu Einsichtsrecht .....	42
IV. Zusammenfassung zu C .....	43
D. Gegenstand und Umfang des Informationsrechts .....	44
I. Gegenstand und Umfang des Auskunftsrechts .....	44
II. Gegenstand und Umfang des Einsichtsrechts .....	46
III. Einzelfragen zum Gegenstand des Informationsrechts .....	48
1. Information über die persönlichen Angelegenheiten der Geschäftsführer .....	48
2. Information über die Bezüge der Geschäftsführer .....	49
3. Information über den Jahresabschluss .....	50
4. Information über Spenden.....	51
5. Information über Vorgänge in Aufsichtsratssitzungen .....	52
a) Die Rechtslage beim fakultativen Aufsichtsrat .....	52
b) Die Rechtslage beim obligatorischen Aufsichtsrat nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976.....	53
6. Information über steuerliche Wertansätze und Höhe einzelner Steuern.....	55

7. Information über den Unterschied zwischen dem Wertansatz in der Handelsbilanz und dem wahren höheren Wert und über die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden .....	56
<b>IV. Gegenstand des Informationsrechts im Rahmen von Unternehmensverbindungen</b>	<b>56</b>
1. Begriff der verbundenen Unternehmen.....	57
2. Die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen als Angelegenheiten der Gesellschaft .....	58
3. Angelegenheiten verbundener Unternehmen als Angelegenheiten der Gesellschaft .....	58
a) Das Informationsrecht des Gesellschafters der Obergesellschaft über Angelegenheiten der Untergesellschaft.....	58
b) Das Informationsrecht des Gesellschafters der Untergesellschaft über Angelegen- heiten der Obergesellschaft .....	60
<b>V. Gegenstand des Informationsrechts in einer GmbH &amp; Co. KG .....</b>	<b>61</b>
<b>VI. Zusammenfassung zu D .....</b>	<b>62</b>
<b>E. Informationsverweigerung nach § 51 a Abs. 2 GmbHG.....</b>	<b>63</b>
I. Materielle Voraussetzungen des Informationsverweigerungsrechts.....	63
1. Verwendung der Information zu gesellschaftsfremden Zwecken.....	63
a) Allgemeines .....	63
b) Verwendung für ein Konkurrenzunternehmen .....	64
c) Verwendung für die Veräußerung des Geschäftsanteils.....	67
d) Sonstige Anwendungsfälle .....	68
2. Der nicht unerhebliche Nachteil.....	68
3. Besorgnis gesellschaftsfremder Verwendung und der Nachteilszufügung.....	69
II. Förmliche Voraussetzung (Gesellschafterbeschluss) .....	71
III. Zusammenfassung zu E .....	73
<b>F. Rechtsfolgen rechtswidriger Informationsverweigerung .....</b>	<b>75</b>
I. Informationserzwingungsverfahren .....	75
1. Gerichtliche Zuständigkeit .....	75
2. Antrag .....	76
a) Antragsberechtigte und- gegner.....	76
b) Frist und Form des Antrags .....	78
3. Entscheidungsgegenstand und gerichtliches Verfahren.....	79
4. Rechtsmittel.....	80
5. Kosten des Verfahrens .....	81
6. Rechtsfolgen der stattgegebenen Entscheidung .....	82

7. Informationserzwingung in der GmbH & Co. KG.....	83
II. Anfechtungsklage .....	83
1. Allgemeines.....	83
2. Verhältnis zum Informationserzwingungsverfahren.....	85
III. Schadensersatzansprüche bei der Verletzung des Informationsrechts .....	87
1. Ansprüche des Gesellschafters.....	87
a) gegen die Gesellschaft .....	87
b) gegen die Geschäftsführer .....	87
c) gegen seine Mitgesellschafter.....	88
2. Ansprüche der Gesellschaft.....	88
a) gegen die Geschäftsführer .....	88
b) gegen den informationsbegehrnden Gesellschafter .....	88
IV. Zusammenfassung zu F .....	88
<b>3. Teil: Unangemessenheit des § 51 a GmbHG .....</b>	<b>89</b>
A. Gefährdung von Gesellschaftsinteressen wegen eines unbeschränkten Informationsrechts.....	89
I. Gefährdung von Gesellschaftsinteressen an der Geheimhaltung der Gesellschaftsinterna .....	90
1. Gesellschaftsinterna .....	90
2. Gefährdung von Gesellschaftsinteressen wegen einer Ausbeutung der gesellschafts- internen Kenntnisse .....	92
3. Besondere Gefahr für die Gesellschaft wegen Ausnutzung der Gesellschaftsinterna durch die Gesellschafter, die mit der Gesellschaft im Wettbewerb stehen .....	95
a) Allgemeines .....	95
b) Unangemessenheit des § 51 a Abs. 2 GmbHG.....	97
aa) Beherrschender Gesellschafter (Mehrheitsgesellschafter) .....	98
(1) Herrschaftsmacht des Mehrheitsgesellschafters in einer GmbH.....	98
(2) Keine Schutzfunktion des § 51 a Abs. 2 GmbHG gegen die Ausnutzung gesellschaftsinterner Kenntnisse durch einen Mehrheitsgesellschafter .....	99
bb) Nicht beherrschender Gesellschafter (Minderheitsgesellschafter).....	101
II. Beeinträchtigung des Geschäftsbetriebs .....	103
B. Gefährdung von Drittinteressen wegen eines unbeschränkten Informationsrechts .....	105
C. Zusammenfassung zu 3. Teil.....	106
<b>4. Teil: Lösungsmöglichkeiten zur Unangemessenheit des § 51 a GmbHG .....</b>	<b>107</b>
A. Ungeschriebene Schranken des Informationsrechts .....	108

I. Zulässigkeit der ungeschriebenen Schranken des Informationsrechts .....	108
II. Mitgliedschaftliche Treuepflicht des Gesellschafters als ungeschriebene Schranke des Informationsrechts .....	109
1. Treuepflicht des GmbH-Gesellschafters im allgemeinen .....	109
a) Gesetzliche Grundlage der Treuepflicht der GmbH-Gesellschafter .....	110
aa) Meinungsstand .....	110
bb) Stellungnahme .....	110
b. Das Verhältnis der Treuepflicht zum Missbrauchsverbot .....	112
c) Funktion der Treuepflicht .....	113
d) Geltungsgrund der Treuepflicht .....	114
e) Treuepflicht der Gesellschafter untereinander .....	115
f) Inhalt der Treuepflicht .....	116
g) Umfang und Intensität der Treuepflicht .....	117
aa) Bedeutung der Realstruktur der Gesellschaft für den Umfang und die Intensität der Treuepflicht .....	117
bb) Umfang und Intensität der Treuepflicht bei Ausübung von Mitgliedschaftsrechten .....	117
(1) Uneigennützige Rechte .....	118
(2) Eigennützige Rechte .....	119
2. Bedeutung der Treuepflicht für das Informationsrecht der Gesellschafter .....	119
a) Allgemeines .....	119
b) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	120
aa) Grundsatz der Geeignetheit .....	121
bb) Grundsatz der Erforderlichkeit .....	122
(1) Grundsatz der Erforderlichkeit bei den zur Unzeit gestellten Fragen .....	122
(2) Grundsatz der Erforderlichkeit bei einer Unzahl von Fragen .....	123
(3) Grundsatz der Erforderlichkeit bei den Fragen, die einen unzumutbaren persona- len und finanziellen Aufwand erfordern .....	124
(4) Grundsatz der Erforderlichkeit im Fall, in dem die Gesellschaft über ein an die Kriterien des § 90 AktG angelehntes Berichtssystem verfügt .....	125
(5) Grundsatz der Erforderlichkeit bei den Fragen, die zweckwidrige Ziele verfolgen .....	126
(6) Grundsatz der Erforderlichkeit bei der Rangordnung zwischen Einsichts- und Auskunftsrecht .....	127
(7) Grundsatz der Erforderlichkeit in den sonstigen Fällen .....	128
cc) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne .....	129
III. Sonstige ungeschriebene Schranken des Informationsrechts .....	131

1. Fehlen der allgemeinen Anspruchsvoraussetzungen .....	131
2. Unmöglichkeit.....	132
a) Die „echte“ Unmöglichkeit (§ 275 Abs. 1 BGB n.F.) .....	132
aa) Objektive Unmöglichkeit .....	133
(1) Naturgesetzliche Unmöglichkeit .....	133
(2) Rechtliche Unmöglichkeit .....	133
(a) Gesetzliche und behördliche Verbote.....	133
(aa) Strafbarkeit .....	133
(bb) Datenschutzrecht.....	136
(cc) Persönlichkeitsschutz .....	137
(b) Geheimhaltungsabreden .....	139
bb) Subjektive Unmöglichkeit (Unvermögen) .....	140
b) Praktische Unmöglichkeit (§ 275 Abs. 2 BGB) .....	140
3. Informationsbedürfnis .....	141
4. Funktionsgerechtes Verhalten des Gesellschafters .....	143
IV. Zusammenfassung zu A .....	144
B. Verschwiegenheitspflicht des Gesellschafters kraft Treuepflicht.....	146
I. Allgemeines .....	146
II. Informationsweitergabe an einen Erwerbsinteressenten als Treuepflichtverstoß...148	148
III. Folgen der Verletzung der Verschwiegenheitspflicht .....	150
C. Wettbewerbsverbot des Gesellschafters kraft Treuepflicht .....	151
I. Gegenstand der Untersuchung und seine gesetzliche Ausgangslage.....	151
II. Notwendigkeit eines generellen Wettbewerbsverbots für GmbH-Gesellschafter wegen einer Ausbeutung von Gesellschaftsinternia .....	153
1. Besondere Gefahr für die Gesellschaft wegen Ausnutzung der Gesellschaftsinternia durch ihre Konkurrentengesellschaften.....	153
2. Unangemessenheit des § 51 a Abs. 2 GmbHG und der anderen Rechtsbehelfe gegen eine Ausbeutung von Gesellschaftsinternia .....	153
a) Unangemessenheit des § 51 a Abs. 2 GmbHG .....	154
aa) Unangemessenheit des § 51 a Abs. 2 GmbHG beim Mehrheitsgesellschafter .....	154
bb) Unangemessenheit des § 51 a Abs. 2 GmbHG beim Minderheitsgesellschafter .....	156
(1) Meinungsstand.....	156
(2) Stellungnahme .....	158

b) Unangemessenheit der anderen Rechtsmittel gegen eine Ausbeutung der gesellschaftsinternen Kenntnisse .....	159
c) Zwischenergebnis .....	162
III. Problematik des § 1 GWB und des § 138 BGB (Schranken des Wettbewerbsverbots) .....	163
1. Problematik des § 1 GWB.....	163
a) Anwendbarkeit des § 1 GWB auf Wettbewerbsverbote für Gesellschafter .....	164
aa) Vereinbarungen .....	164
bb) Miteinander im Wettbewerb stehende Unternehmen.....	165
cc) Wettbewerbsbeschränkung .....	165
dd) Spürbare Ausenwirkung.....	166
b) Freistellung von der Unwirksamkeit des § 1 GWB.....	167
aa) Theorie der kartellrechtsfesten Treuebindung.....	167
bb) Güterabwägungstheorie.....	168
cc) Immanenztheorie .....	169
(1) Begründung der Immanenztheorie .....	169
(2) Voraussetzungen der Freistellung .....	170
(a) Meinungsstand.....	171
(b) Stellungnahme.....	172
2. Problematik des § 138 BGB .....	174
IV. Wettbewerbsverbot des Gesellschafters im GmbH-Konzern .....	174
1. Faktischer Konzern .....	175
2 Vertragskonzern .....	176
V. Der Umfang des Wettbewerbsverbots .....	177
1. Dauer des Wettbewerbsverbots .....	177
2. Sachliche Reichweite des Wettbewerbsverbots .....	178
VI. Rechtsfolgen bei Verstoß gegen das Wettbewerbsverbot .....	179
VII. Zusammenfassung zu C .....	180
D. Satzungsbestimmungen zum Informationsrecht .....	182
I. Erforderlichkeit und Zulässigkeit der Satzungsbestimmungen zum Informationsrecht im allgemeinen.....	182
1. Erforderlichkeit der Satzungsbestimmungen .....	182
2. Zulässigkeit der Satzungsbestimmungen .....	183
II. Die einzelnen wesentlichen Satzungsbestimmungen zum Informationsrecht hinsichtlich ihrer Erforderlichkeit und Zulässigkeit .....	184
1. Satzungsbestimmung über den Aufbau eines Informationssystems .....	184

a) Erforderlichkeit des Aufbaus eines Informationssystems .....	184
b) Zulässigkeit der Einrichtung eines gesellschaftsinternen Berichtssystems.....	186
aa) Die Berichtspflicht der Geschäftsführer von sich aus .....	186
(1) Die gesetzliche Ausgangslage .....	186
(2) Die allgemeine Berichtspflicht der Geschäftsführer .....	188
(a) Meinungsstand in der Literatur .....	188
(b) Stellungnahme.....	189
(aa) Das gesteigerte Informationsinteresse der GmbH-Gesellschafter aufgrund ihrer umfangreichen Kompetenzen .....	189
(bb) Die Berichterstattung der Geschäftsführer gegenüber den Gesellschaftern als eine Pflicht der Geschäftsführer .....	192
(3) Umfang und Schranken der Berichtspflicht .....	197
(a) Umfang der Berichtspflicht .....	197
(b) Schranken der Berichtspflicht.....	198
bb) Die Berichterstattung nach dem Gesellschaftsvertrag bzw. dem Beschluss der Gesellschafterversammlung.....	199
(1) Zulässigkeit.....	199
(2) Inhalt und Umfang der Berichte .....	200
(3) Form der Berichterstattung.....	204
(4) Grundsätze einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaft.....	204
(5) Schranken der Berichtspflicht .....	205
2. Satzungsbestimmung über das Verfahren des Informationsverlangens und der Informationseitelung .....	205
3. Satzungsbestimmung über das Verfahren der Informationsverweigerung .....	207
4. Satzungsbestimmung über die Ausübung des Informationsrechts durch Dritte ..	209
a) Zwingende Drittbeteiligung durch Satzung.....	209
b) Ausschluss der Drittbeteiligung durch Satzung .....	211
5. Satzungsbestimmung über die Pflicht zur vertraulichen Behandlung der erhaltenen Informationen .....	212
6. Satzungsbestimmung über das Wettbewerbsverbot für Gesellschafter .....	213
a) Satzungsmäßiges Wettbewerbsverbot während der Dauer der Gesellschaftszugehörigkeit .....	213
aa) Das Bedürfnis für das satzungsmäßige Wettbewerbsverbot .....	213
bb) Zulässigkeit des Wettbewerbsverbots durch Satzung .....	213
cc) Schranken des satzungsmäßigen Wettbewerbsverbots.....	214
b) Satzungsmäßiges Wettbewerbsverbot nach Beendigung der Gesellschafterstellung (Nachvertragliches Wettbewerbsverbot) .....	214

aa) Die Notwendigkeit des Wettbewerbsverbots nach Beendigung der Gesellschafter-stellung.....	214
bb) Zulässigkeit des nachvertraglichen Wettbewerbsverbots .....	215
cc) Schranken der zulässigen Vereinbarungen.....	216
c) Formulierungsvorschlag .....	218
7. Satzungsmäßige Schiedsklausel (Schiedsgerichtsvereinbarung).....	219
a) Das Bedürfnis für die satzungsmäßigen Schiedsabreden über das Informationsrecht des Gesellschafters .....	219
b) Schiedsfähigkeit des Informationsrechts des Gesellschafters .....	220
aa) Meinungstand .....	220
bb) Stellungnahme.....	221
III. Zusammenfassung zu D .....	222
<b>5. Teil: Zusammenfassende Bewertung.....</b>	<b>225</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>229</b>